

KOSOVO

Im Hass vereint

Der Amoklauf albanischer und serbischer Nationalisten brachte das Ende der Hoffnung auf einen friedlichen Ausgleich. Die verfeindeten Volksgruppen stehen sich unversöhnlich gegenüber, der Friedensfahrplan der Uno ist gescheitert.

Panzer und schwer bewaffnete Patrouillen westlicher Soldaten blockierten Ende vergangener Woche die Brücke von Kosovska Mitrovica – jene Brücke, auf welcher der erste Uno-Verwalter, Bernard Kouchner, vor fünf Jahren mit einem Ölzweig in der Hand dem Kosovo eine friedliche Zukunft prophezeit hatte.

Doch Kouchners Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Als völlig überrascht und überfordert erwiesen sich die Kfor-Soldaten angesichts des jüngsten Gewaltausbruchs in der Unruheprovinz auf dem Balkan. Die Schutztruppe hatte einen mehrere Tage andauernden Amoklauf von Albanern und Serben nicht verhindern können. Am Mittwochnachmittag voriger Woche waren die Krankenhäuser von Kosovska Mitrovica voll von Verletzten.

Der Reigen der Gewalt hatte begonnen, nachdem am Dienstag angeblich zwei albanische Jungen in dem Fluss Ibar, der die Stadt in einen albanischen und einen serbischen Sektor teilt, ertrunken waren. Ein Überlebender hatte im kosovo-albanischen Fernsehen behauptet, er und seine Kameraden seien von Serben in den Fluss getrieben worden.

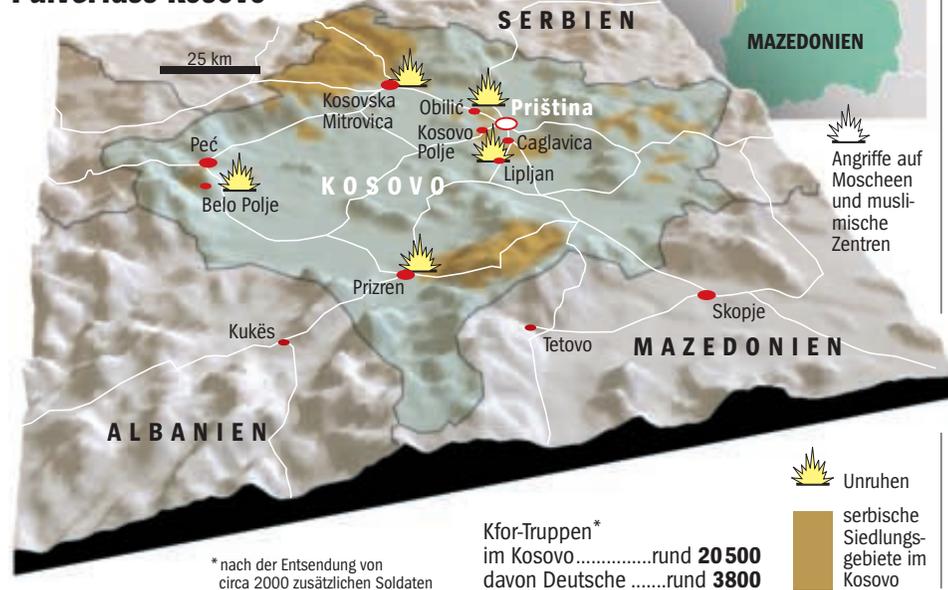
Obwohl die Unmik, die Uno-Zivilverwaltung im Kosovo, die Darstellung des

Jungen bestritt, wurde sie von den Medien mit reißerischen Schlagzeilen verbreitet. Die Albaner reagierten am Mittwoch mit einem Pogrom. Von Kosovska Mitrovica aus verbreiteten sich Zorn und Wut über das ganze Kosovo. Bis zum Freitagabend gab es 31 Tote, 600 Verletzte, verwüstete Friedhöfe, Hunderte von zerstörten serbischen Häusern und Kirchen.

Der jüngste Gewaltausbruch in der Krisenprovinz macht alle Pläne der Staatengemeinschaft für eine endgültige Regelung des Kosovo-Konflikts bis auf weiteres zunichte. Seit Nato-Bomber die Serben 1999 daran hinderten, die albanische Bevölkerungsmehrheit aus ihrer Heimat zu vertreiben, blieb der völkerrechtliche Status



Pulverfass Kosovo



Kfor-Soldaten, Demonstranten in Kosovska

der Provinz ungeklärt. Gerade wollte die Uno-Verwaltung festlegen, ob endlich die Mindeststandards für ein friedliches Zusammenleben von 100 000 Serben und etwa 2 Millionen Albanern erreicht seien. Im kommenden Jahr sollten dann offizielle Verhandlungen zwischen den Regierungen in Belgrad und Priština die Zukunft der Provinz absichern.

Dieser Zeitplan ging am Mittwoch in Flammen auf. Im Stadtzentrum von Prizren, der zweitgrößten Stadt des Kosovo, formierte sich um zwölf Uhr mittags ein Zug aus mehreren hundert Albanern zum Marsch gegen serbische Gotteshäuser und gegen die Uno-Zivilverwaltung.

Viele Teilnehmer waren mit schwarzen Gesichtstüchern ver mummt. Sie zogen grölend in den Norden der Stadt, wo die deutschen Kfor-Soldaten stationiert sind. Ihre Parole: „Unmik armik!“ Unmik, unser Feind!

Vornweg ein Team des Fernsehsenders TV Besa, der am Vortag die Stimmung tüchtig angeheizt hatte. Die Fernsehcrew gab den Demonstranten die Richtung vor, in der sie marschieren sollten. Der kosovarische Menschenrechtsaktivist Bashkim Hisari sagt, sie hätte die Chaoten auch gegen Klöster und Kirchen geführt.

Einige Demonstranten zerschlugen Fenster und Türen und legten Feuer. Und niemand griff ein. Mehrfach rief Hisari in der Bundeswehrkaserne an. Gegen 17 Uhr, als



Mitrovica, brennende Moschee in Niš: „Wir schießen nicht in eine Menge, in der auch Kinder sind“

sich die Flammen in der theologischen Abteilung der Universität auszubreiten begannen, rückten dann laut Hisari argentinische Kfor-Polizisten an. Aber als es Steine und Flaschen zu regnen begann, hätten die Südamerikaner nach einem kurzen Geplänkel ihre Schutzschilde und Schlagstöcke weggeworfen und sich davongemacht.

Die Feuerwehrleute kamen gar nicht mehr zum Löschen. Ehe sie ihre Schläuche entrollen konnten, besetzten einige junge Leute den Löschzug, hissten darauf die albanische Fahne und fuhren zum Unmik-Gebäude. Erst nachdem sie auch dort mehrere Fenster eingeschlagen hatten, fuhren die Deutschen in sechs gepanzerten Fahrzeugen vor dem Haus auf.

Daraufhin wandte sich der Volkszorn gegen die Kathedrale des heiligen Djordje. Die deutschen Soldaten, die Sandsackbarrikaden ringsum errichtet hatten, machten keine Anstalten, das Gotteshaus zu schützen. Als die Krawallmacher anrückten, so berichtet Bashkim Hisari, hätten sie sich zurückgezogen.

Das deutsche Truppenkommando räumt ein, dass seine Soldaten nichts unternehmen konnten, um den rasenden Pöbel zu stoppen. „Ich kann doch nicht auf eine Menschenmenge schießen lassen, in der sich auch Kinder befanden“, wehrt sich Kontingentführer Oberst Dieter Hintelmann. Eine Kompanie, die er zur

Unterstützung in Marsch gesetzt hatte, blieb in der aufgeregten Menschenmenge stecken.

Objektschutz ist nicht die Aufgabe der Bundeswehr im Kosovo, geschossen wird nur in Notwehr. „Kern unserer Hauptaufgabe ist es, Menschenleben zu schützen“, sagt ein Sprecher des Einsatzführungskommandos in Potsdam. Insgesamt zehn Uno-Mitarbeiter wurden aus einem brennenden Haus gerettet, 39 Serben zu ihrem Schutz im deutschen Feldlager untergebracht, unter ihnen auch eine Gruppe von Mönchen.

So unplausibel ist die Taktik der Bundeswehr nicht. Jedenfalls starb von den Opfern kein einziges im deutschen Sektor. Gleichwohl sei die Enttäuschung riesengroß, heißt es bei der Kfor. „Was wir in fünf Jahren aufgebaut haben, wurde in einer einzigen Nacht zerstört.“



Albaner Haradinaj, Serbe Koštunica
Zorn auf ausländische Schutzmächte

Die Albaner-Führer rührten keinen Finger, um die Chaoten und Brandstifter zurückzuhalten. Eher im Gegenteil: Es sah alles nach konzertierter Aktion aus. Anders ist es nicht zu erklären, dass der Volkszorn so blitzartig das ganze Land erfasste.

In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag schlugen die Serben zurück – mangels geeigneter albanischer Objekte gegen Moscheen in Belgrad und im südserbischen Niš.

Auch die berühmte Belgrader Barjakli-Moschee aus dem 17. Jahrhundert ging in Flammen auf. Spätabends zogen Tausende Belgrader, darunter Ministerpräsident Koštunica, zur orthodoxen Kathedrale. Sie trugen Plakate und Spruchbänder mit der Aufschrift: „Wir geben das Kosovo nicht auf.“ Verteidigungsminister Boris Tadić drohte sibyllinisch, man werde die serbische Kosovo-Politik „im Sinne der Einheit des serbischen Staates“ neu durchdenken.

Die Belgrader Führung zeigte sich bemüht, aus der chaotischen Lage das Beste für die Serben herauszuholen. Der albanische Separatismus, so tönte Premier Vojislav Koštunica, habe seinen „terroristischen Charakter“ unter Beweis gestellt. Deshalb verlangte er wieder einmal die Einrichtung von serbischen Kantonen, deren Schutz nicht mehr von der Uno, sondern von der serbischen Armee garantiert werden solle – ein wirksames Rezept

für das Wiederaufflammen des Kriegs im Kosovo.

Zur Stabilisierung der Lage setzte die Regierung in Berlin eilig 600 Mann in Marsch, welche die 3200 Bundeswehrsoldaten im Kosovo verstärken sollen. Auch Frankreich, Großbritannien, Italien und die Vereinigten Staaten stockten ihre Kontingente auf.

Doch die Schutztruppe kann günstigstenfalls den Status quo erhalten. In Wahrheit hat die Staatengemeinschaft kein überzeugendes Konzept, um einen friedlichen Ausgleich zwischen den beiden verfeindeten Volksgruppen zu erreichen und eine multiethnische Gesellschaft aufzubauen. Es reicht eben nicht, die Probleme nur zu verwalten, ohne an ihrer Lösung zu arbeiten.

An Versöhnung ist ohnehin nicht zu denken. Die Kluft zwischen Serben und Albanern scheint einstweilen nicht überbrückbar. Das Einzige, was die Serben und Albaner jetzt noch gemeinsam haben, ist der unversöhnliche Hass auf die ausländischen Schutz-mächte.

Die große Mehrheit der Kosovo-Albaner will ein serbenfreies Kosovo. Sie ist auch nicht bereit, über weniger als über die staatliche Unabhängigkeit mit sich reden zu lassen. Ramush Haradinaj, der zum Politiker gewendete einstige albanische Guerillaführer, verharmloste den Aufruhr als „Revolute“ gegen den, wie er sagt, unerträglichen Status quo.

Die Serben wollen dagegen möglichst viel von ihrer „Heldenprovinz“ nach Serbien heimholen.

Um im Kosovo präsent zu bleiben, finanziert die Belgrader Regierung – obwohl sie praktisch bankrott ist – eine komplette Parallelverwaltung, die ständig darauf bedacht ist, die Bemühungen der Unmik um die Durchsetzung von rechtsstaatlichen Prinzipien zu sabotieren.

Der Belgrader Wahlsieg der nationalen Kräfte im Dezember hat die Friedensaus-sichten nicht eben beflügelt. Für die Serben bleibt das Kosovo die Wiege der serbischen Kultur, die gegen die angeblich unzivilisierten Albaner-Horden zu verteidigen ist. Westliche Sympathien für die albanischen Unabhängigkeitspläne gelten als Beweis für die internationale Verschwörung gegen das serbische Volk.

Tatsache ist allerdings auch: Die ehemaligen serbischen Unterdrücker fristen heu-

te eine kümmerliche Existenz im Kosovo. Die mit internationalen Geldern gebauten Häuser für serbische Flüchtlinge stehen zum großen Teil leer, weil der Schutz ihrer Bewohner nicht gewährleistet werden kann.

Die Albaner fühlen sich bereits als alleinige Herren im Haus. Straftaten albanischer Krimineller verschwinden, albanische Strafgefangene entkommen unter bizarren Umständen aus Gefängnissen. Als kürzlich ein Mordanschlag auf einen Serben verübt wurde, weigerte sich die albanische Polizei, in der Sache auch nur zu ermitteln.

Sogar die Uno-Verwalter sind vor Morddrohungen und Intrigen der Albaner nicht sicher. Der dänische Unmik-Chef, Hans Haekkerup, gab Ende 2001 nach knapp einem Jahr auf, weil er sein Mandat nervlich nicht mehr zu bewältigen vermochte. Angeblich hatte er auf seinem Schreibtisch einen Pferdekopf gefunden.

Doch auch sein Nachfolger, der ungleich robustere deutsche Krisen-diplomat Michael Steiner, hielt kaum mehr als anderthalb Jahre durch.

Die kosovo-albanischen Politiker meinen, mit ihrem Sieg im „Unabhängigkeitskrieg“ vor fünf Jahren sei die Frage nach dem künftigen Status endgültig entschieden worden. Die Albaner sind nicht bereit, darüber mit sich handeln zu lassen. Sie wollen im Übrigen auch nur die Kriegsverbrechen der ehemaligen serbischen Unterdrücker erörtern. Die Untaten ihrer Unabhängigkeitsbewegung UÇK sind für sie tabu.

Auch die von Albaner-Führer Ramush Haradinaj.

Bundesaußenminister Joschka Fischer sieht Anlass, die Lage auf dem Balkan völlig neu zu durchdenken. Die Uno-Resolution von 1999, die die Grundlagen der westlichen Kosovo-Politik definiert, so sagte er am Freitag in New York, müsse vorbehalten und gründlich überprüft werden.

Die bisherige weiche Welle ist nicht unbedingt die letzte Antwort der Kfor-Mächte. Bundesverteidigungsminister Peter Struck hat Lehren aus der Eruption der Gewalt gezogen. Die Bundeswehr, so sagte er am Freitag in Berlin, sei mit ihren Partnern in der Nato „gerüstet, im Falle einer Eskalation der Ereignisse im Kosovo militärisch auch deutlicher vorzugehen“.

Beim nächsten Mal wird dann wahrscheinlich scharf geschossen.

RENATE FLOTTAU, ALEXANDER SZANDAR,
ERICH WIEDEMANN



Außenminister Fischer*
Ende der weichen Welle?

* Mit dem deutschen Uno-Botschafter Gunter Pleuger am vergangenen Donnerstag in New York.